

Grundbedingung der Demokratie

Warum das 21. Jahrhundert das Zeitalter der Gleichberechtigung sein muss

Michelle Bachelet | **In Regierung und Parlament bleiben sie unterrepräsentiert, Gewalt gegen sie ist eines der am wenigsten geahndeten Verbrechen weltweit: Die Benachteiligung von Frauen verletzt nicht nur fundamentale Menschenrechte, sie ist auch wirtschaftlich ineffizient. Viel zu tun für Organisationen wie UN Women, die 2010 gegründete Frauenorganisation der UN.**

Gleichberechtigung bringt nicht nur Frauen, sondern allen Menschen enormen Nutzen: In dieser Überzeugung wurde UN Women im Juli 2010 gegründet. Gleichgültig, ob wir über grüne Ökonomie, die Entwicklung in der arabischen Welt oder generell über die Förderung von Frieden, Gerechtigkeit und Chancengleichheit sprechen: Die Welt kann bessere Lösungen finden, wenn die Erfahrungen und das Potenzial all ihrer Bewohner einbezogen werden.

Heute verfügen wir über klare Erkenntnisse, dass die Benachteiligung von Frauen nicht nur fundamentale Menschenrechte verletzt. Sie ist vor allem wirtschaftlich ineffizient. Chancengleichheit für alle herzustellen ist nicht nur richtig, es ist vor allem klug. Und der beste Zeitpunkt ist jetzt. Frauen zu fördern ist kein Kostenfaktor, es ist eine Investition in unser aller Zukunft. UN Women hat sich klare Ziele gesetzt: Wir wollen die Anzahl von Frauen in politisch führenden Positionen und ihre Anteilnahme am politischen Prozess erhöhen; ihre wirtschaftliche Kraft stärken; die Gewalt gegen Frauen und Mädchen, gerade in asymmetrischen Konflikten, eindämmen und sicherstellen, dass Frauen eine zentrale Rolle in Friedensverhandlungen und bei der Stabilisierung von Post-Konflikt-Regionen erhalten.

Seit UN Women ins Leben gerufen wurde, haben wir tief greifende wirtschaftliche, politische und soziale Veränderungen erlebt. Das birgt Chancen – gleichzeitig müssen wir dafür Sorge tragen, nichts zu gefährden, was Frauen bereits errungen haben. Die Warnung ist angebracht: Weil Frauen die von der Wirtschaftskrise verursachten Einkommenseinbrüche für ihre Familien zu kompensieren versuchen, wurden sie immer stärker in fragile und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse gedrängt. Sie waren am stärksten von der Streichung vieler Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst oder der Kürzung von staatlichen Geldern für die Kinderbetreuung betroffen. Gerade jetzt, da smarte Lösungen

der gegenwärtigen Krisen gefragt sind, müssen wir für eine volle und gleichberechtigte Teilnahme von Frauen in der Wirtschaft sorgen. Wir müssen die sozialen Programme erhalten, die ihnen das erlauben. Wir können es nicht zulassen, dass Sparpolitik auf Kosten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung geht. Frauen möchten Teil der Lösung sein, sie möchten, dass man ihre Stimmen hört, sie möchten frei von Furcht leben. Und sie wollen, dass man ihre Rechte respektiert.

Im vergangenen Jahr sind wir Zeugen geworden, wie Frauen sich in der arabischen Welt Gehör verschafft haben. Als die Proteste begannen, hat UN Women sofort Unterstützung für die Frauen Ägyptens und Tunesiens bereitgestellt. Und wir werden auch weiterhin Unterstützung gewähren, denn die Sehnsucht nach Veränderung bleibt nicht nur in der arabischen Welt groß. Unsere wichtigste Aufgabe ist es nun, den Frauen, die auf den Straßen von Tunis und Kairo so prominent für Freiheit und Veränderungen gekämpft haben, auch dabei zu helfen, einen prominenten Platz in der Politik zu finden; gemeinsam mit ihnen abzusichern, was sie schon gewonnen haben und gemeinsam mit ihnen dafür zu sorgen, dass die Verankerung von Frauenrechten in den zukünftigen politischen Entwicklungen nicht zu kurz kommt.

Wir müssen den Frauen, die auf den Straßen von Tunis und Kairo gekämpft haben, einen Platz in der Politik verschaffen

Im März 1911, als Frauenrechtlerinnen in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz zum ersten Mal den Internationalen Frauentag begingen, besaßen Frauen in nur zwei Ländern das Wahlrecht. Heute ist dieses Recht beinahe universell. Während der vergangenen zwei Jahrzehnte haben wir außergewöhnliche Fortschritte zum Schutz der Rechte von Frauen gemacht. Aber es ist ein Fortschritt, der uneben bleibt.

Häusliche Gewalt gegen Frauen ist in 125 Ländern strafbar, sexuelle Belästigung in 117 Ländern. 187 Nationen haben die Konvention zur Eliminierung jeglicher Diskriminierung gegen Frauen ratifiziert. Aber es bleibt ein weiter Weg, bis wir wirkliche Gleichheit erreichen. Gewalt gegen Frauen ist eines der am weitesten verbreiteten Verletzungen der Menschenrechte und gleichzeitig eines der am wenigsten verfolgten und geahndeten Verbrechen.

In der Politik und unter Entscheidungsträgern sind Frauen nach wie vor völlig unterrepräsentiert. Nur zehn Prozent der Staats- und Regierungschefs und nur ein Fünftel der Parlamentarier weltweit sind Frauen. Die kritische Marke von 30 Prozent, die eine bestimmte Gruppe erreichen muss, um wirkliche Veränderungen bewirken zu können, wurde bislang nur in 28 Ländern weltweit erreicht oder überschritten.

Die volle und gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ist eine Grundbedingung der Demokratie. Das 21. Jahrhundert sollte endlich das Jahrhundert sein, in dem wir diese Gleichberechtigung auch verwirklicht sehen.



MICHELLE BACHELET ist Geschäftsführende Direktorin von UN Women. Von 2006 bis 2010 war sie als erste Frau Staatspräsidentin von Chile.